

## Kanzler Scholz: Zuwanderung Nicht Schuld, Mehr Wohnungen Nötig

Olaf Scholz erklärt im KanzlerGESPRÄCH, dass Zuwanderung nicht für die Wohnungsmarktprobleme verantwortlich ist und fordert mehr Wohnungsbau.



Mit klaren Worten hat Bundeskanzler Olaf Scholz beim gestrigen KanzlerGESPRÄCH in Berlin die drängenden Probleme auf dem deutschen Wohnungsmarkt thematisiert. Dabei machte er unmissverständlich deutlich, dass die Zuwanderung nicht der Hauptgrund für die bestehenden Schwierigkeiten sei. Stattdessen betonte er die Notwendigkeit des Wohnungsbaus, um nachhaltige Entlastung zu schaffen.

In einem Twitter-Post am Montag unterstrich Scholz seine Position: „Zuwanderung ist nicht der Grund für unsere Probleme auf dem Wohnungsmarkt – eine meiner Antworten beim KanzlerGESPRÄCH in Berlin. Wir müssen bauen: Ohne zusätzliche Wohnungen gibt es keine Entlastung auf dem Markt.“

Danke für diese und die vielen weiteren Fragen!“

## **Wie akut ist die Wohnungsnot?**

Die Wohnungsnot ist in vielen deutschen Städten ein heiß diskutiertes und drängendes Thema. Insbesondere in Ballungsräumen wie Berlin, München und Hamburg steigen die Mieten unaufhörlich, und bezahlbarer Wohnraum wird zur Mangelware. Im Zentrum des Problems stehen oft die steigenden Grundstückspreise, die hohe Nachfrage und das schleppende Bautempo. Mit etwaigen fremdenfeindlichen Vorurteilen, dass Zuwanderer die Lage verschärfen würden, ging Scholz deshalb direkt ins Gericht.

Er stellte klar, dass nur durch ein verstärktes Bauprogramm der Wohnungsmarkt entlastet werden könne. „Wir müssen bauen“, sagte Scholz. „Ohne zusätzliche Wohnungen gibt es keine Entlastung auf dem Markt.“ Diese Aussage hinterließ bei vielen Teilnehmern einen bleibenden Eindruck, da sie den Fokus auf langfristige Lösungen lenkt anstatt auf kurzfristige und möglicherweise ineffektive Maßnahmen.

## **Scholz appelliert an Bauvorhaben**

Der Bundeskanzler betonte, dass die Politik vor allem Verantwortung tragen müsse, um den Bau neuer Wohnhäuser zu fördern. Investitionen in den Wohnungsbau wären demnach der Schlüssel, um die anhaltenden Engpässe effektiv und nachhaltig zu beheben. Regierungsprogramme, die Anreize für private Investitionen schaffen, sowie Vereinfachungen der Baugenehmigungsverfahren könnten hier laut Experten eine wichtige Rolle spielen.

Diese Aufforderungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem die Bundesregierung ohnehin verstärkt unter Druck steht, Lösungen für die Wohnungskrise zu präsentieren. Durch die Identifikation von Bautätigkeiten als Kernproblem stellt Scholz sicher, dass das Problem nicht simplifiziert wird und auf Sündenböcke wie

Zuwanderer abgewälzt wird, sondern dass konstruktive Maßnahmen im Vordergrund stehen.

Zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau sollen auch andere Segmente des Immobilienmarktes stimuliert werden, um die Verfügbarkeit von Wohnungen zu erhöhen. Kritiker der bisherigen Wohnpolitik werfen der Regierung oft vor, nicht genug getan zu haben, um die Bauaktivitäten zu unterstützen und dadurch Wohnraumknappheit zu verhindern.

Bundeskanzler Scholz' Bemerkungen im KanzlerGESPRÄCH werden sicher noch lange nachhallen und möglicherweise den Startschuss für eine neue Ära in der deutschen Wohnungspolitik markieren. Seine Forderung nach mehr Wohnungsbau steht im Mittelpunkt künftiger politischer Diskurse und Aktionsebenen.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**